

RESOLUTION

Bayerische Wirtschaft, Innovation und Arbeitsplätze schützen: Auswirkungen der Haushaltskrise eindämmen.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion fordert, die aktuelle finanzpolitische Unsicherheit auf Bundesebene schnellstmöglich zu beenden und zu einer soliden Haushaltspolitik nach dem Vorbild Bayerns zurückzukehren. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungswidrigkeit erheblicher Teile des Bundeshaushaltes hat das größte durch eine Bundesregierung verursachte fiskalpolitische Erdbeben der Nachkriegszeit zur Folge. Daher erachtet die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion folgende Schritte für dringend notwendig:

1. Ein „weiter so“ im Bundeshaushalt kann es nicht geben. Die Haushaltspolitik der Ampel ist krachend gescheitert. Inmitten multipler Krisen, in denen sich unser Land befindet, muss nun entschlossen gehandelt werden. Wir rufen den Bundeskanzler auf, ein auf klarer verfassungsrechtlicher Grundlage stehendes Konzept zu erarbeiten, welches die für unser Land notwendige finanzielle Stabilität der Staatsfinanzen wieder herstellt und Investitionen in die Zukunft ermöglicht.
2. Die vom Bundesfinanzministerium verkündete umfassende Haushaltssperre ist ein Offenbarungseid und führt zu Unsicherheit bei allen Beteiligten an Förderprojekten des Bundes. Der Standort Bayern darf nicht gefährdet werden. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis zu Ordnungspolitik, Marktwirtschaft und Subsidiarität. Es darf keinen Zweifel daran geben, dass der Bund seine gegebenen Zusagen an Investitions- und Projektzuschüssen auch einhält.
3. Der Fokus im Bundeshaushalt muss unbedingt auf zukunftsorientierten, investiven Ausgaben statt sozialpolitischen Fehlanreizen liegen. Nur so können Bayern und Deutschland dauerhaft international konkurrenzfähig aufgestellt werden.
4. Wir stehen klar zur Schuldenbremse. Diese sollte durch eine Investitionsklausel, die sich auf Ausnahmefälle beschränkt, ergänzt werden.